

Gastkolumne

Warum auch Klimaexperten die Corona-Krise mitprägen

In der Pandemie sind die Konflikte zwischen Wissenschaft und Politik sichtbarer denn je. Sie verhindern eine effiziente Krisenpolitik



Caspar Hirschi

«Follow the science», lautet ein Slogan, den die Corona-Krise von der Klimakrise geerbt hat. Tatsächlich muss man bei der Klimabewegung ansetzen, um zu verstehen, welche politische Rolle Experten in der Pandemie bekleiden. Der Kampf gegen den Klimawandel hat in kürzester Zeit eingespielte Regeln im Umgang von Wissenschaft und Politik aus den Angeln gehoben. Dabei ist es jedoch nicht zu einem neuen Einverständnis, sondern zu gegenseitigen Irritationen gekommen. In der Corona-Krise sind sie, besonders in der Schweiz, offen ausgebrochen. Ein zäher Konflikt entbrannte, der eine effiziente Krisenpolitik verhinderte. Um ihn zu überwinden, müssen beide Seiten erst einmal verstehen, in welcher Dynamik sie sich befinden und was dabei für die Demokratie auf dem Spiel steht.

Die herkömmlichen Regeln für wissenschaftliche Politikberatung sind einfach: Experten antworten auf Sachfragen zu ihrem Fachgebiet, damit die Politik eine fundierte Entscheidungsgrundlage hat. Der Politik und der Verwaltung ist es untersagt, Einfluss auf die wissenschaftliche Arbeit ihrer Experten auszuüben, während diese dazu verpflichtet sind, sich öffentlich zum Beratungsthema zurückhaltend zu äussern, weil sie keinen Auftrag zur politischen Meinungsbildung haben.

Im besten Fall entwickelt sich auf dieser Basis ein Vertrauensverhältnis, getragen vom Konsens, dass eine klare Aufgabenteilung Entscheidungen erlaubt, die zugleich wissenschaftlich basiert und demokratisch legitimiert sind. Damit ist auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Wissenschaft wohl Lageanalysen und Gefahrenszenarien vorlegen, nicht aber widerstrebende Werte und Interessen gegeneinander abwägen kann. Das fällt in einer Demokratie in die Verantwortung gewählter Volksvertreter, und es gibt keinen Sachzwang, der sie davon entlastet. Regierungen können daher gute Gründe haben, von wissenschaftlichen Empfehlungen abzuweichen. Nur müssen sie diese öffentlich darlegen.

Sobald sich Misstrauen in das Verhältnis einschleicht, ist die Politik am längeren Hebel. Wenn sie keine Fragen mehr an ihre Experten richtet, haben diese nichts zu sagen und sind bestenfalls noch Legitimationsstaffage. Wer als Kommissionsmitglied etwas auf sich hält, tritt in einer solchen Situation zurück und ist damit auch vom Gebot der öffentlichen Zurückhaltung entbunden. Die Expertenrolle wird abgelegt, die Kritikerrolle darf aufgegriffen werden.

In Bern gab und gibt es stumme Expertengremien, deren Mitglieder brav auf ihren Posten verharren. Die Kommission für Pandemievorereitung und -bewältigung ist eine davon. Offenbar war das BAG vor Corona darauf erpicht, ihren Experten so wenig Eigenleben wie möglich zuzugestehen, um keine unerwünschten Empfehlungen entgegennehmen zu müssen. Als die Krise hereinbrach, war die Kommission klinisch tot.

Nun aber bekamen es das BAG und die Politik mit einer Science-Task-Force zu tun, die so viel Eigenleben entwickelte, dass die



Der Kampf gegen den Klimawandel hat die eingespielten Regeln im Umgang von Wissenschaft und Politik aus den Angeln gehoben. Die Folgen werden jetzt sichtbar.

Grundfesten der wissenschaftlichen Politikberatung ins Wanken gerieten. Es genügte dafür, dass sich ein paar wenige Mitglieder am neuen Drehbuch für Experten ausrichteten, das die Klimabewegung geschrieben hat.

Wie kam dieses Drehbuch zustande? Klimaexperten standen vor der Herausforderung, der Politik die Dramatik einer schleichenden Krise, die zwar noch nicht akut spürbar ist, aber rasches Handeln erfordert, zu verdeutlichen. Dazu verschmolzen sie die Rollen des Intellektuellen und des Experten zu jener des engagierten Experten. Dieser antwortet nicht mehr auf Sachfragen, sondern interveniert aus eigenem Antrieb. Die Grenze zwischen Expertise und Aktivismus löst sich auf. Expertenkommissionen werden zu Mächtigen-Expertokratien, denen die Politik «folgen» soll. Tut sie es nicht, hagelt es Protest. Legitimiert wird die Selbstermächtigung mit dem Sachzwang, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken.

In der Corona-Krise liess sich engagierte Expertise an den neuen Sachzwang binden, das exponentielle Wachstum der Ansteckungen zu brechen. Zugleich aber trat die innere Widersprüchlichkeit der Rolle offen zutage. Aus Forschern wurden Oppositionspolitiker ohne demokratisches Mandat, aber mit Beratungsauftrag. Die Task-Force übte viel medialen Druck, aber wenig politischen Einfluss aus. Der öffentliche Protest schwächte den vertraulichen Rat.

Damit sich die Schweiz in einer nächsten Krise nicht in die gleiche Blockade manövriert, muss das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik von Grund auf überdacht werden.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.

